

KOMMENTAR



Christoph Reiterer
über den
Umgang mit der
Flüchtlings-
problematik.

Flüchtlinge sind willkommen

Dass Hollabrunns Stadtregierung die Flüchtlingsunterbringung nun im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung fixiert, macht auf den ersten Blick keine gute Optik, ist aber zu vernachlässigen. Schließlich hat der Bürgermeister längst bestätigt, dass im Studentenheim 20 weitere Plätze geschaffen werden. Es soll sich übrigens um 14- bis 18-jährige Jugendliche handeln, die hier einziehen. Dazu kommen Unterkünfte im Landesjugendheim und in privaten Häusern, sodass die Bezirkshauptstadt – die bereits seit Jahren betreuten Asylwerber hinzugerechnet – die anstehende 1,5-Prozent-Quote sogar schon erfüllen würde.

Weil auch Rot, Blau und Grün keinerlei Bedenken signalisiert haben, gibt es wenig Grund zur Aufregung. Mit etwas Verspätung soll es nun sogar eine Infoveranstaltung des Arbeitskreises für Integration geben. Thema: „Flüchtlinge willkommen?“ Und insgesamt hat man das Gefühl: Würde es im Bund nur halb so gut funktionieren wie in den NÖ-Gemeinden, wären wir viele Sorgen los.

c.reiterer@noen.at

**HERR
LEOPOLD**



Der Stadtchef mit scharfer Munition

In einem Erdäpfelacker vom Bürgermeister Bernreiter haben's bei der Ernte eine scharfe Granate gefunden. Gerüchte, dass er gleich Ideen hatte, wem er die in den Garten schmeißen könnte, wurden nicht bestätigt.

„Schwerer Schaden für Gemeindeautonomie“

Durchgriffsrecht | Regierung beschloss, dass der Bund die Gemeinden „zwangsbeglücken“ kann. GVV-Marihart (VP) spart nicht mit Kritik.

Von Christoph Reiterer

BEZIRK | Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer hatte in der vergangenen Woche noch an die Vernunft der Nationalratsabgeordneten appelliert. Doch mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie von Grünen und NEOS wurde das umstrittene Durchgriffsrecht beschlossen, das es dem Bund erleichtern soll, Maßnahmen in der Flüchtlingskrise zu ergreifen. Heftige Kritik dazu kommt auch vom Bezirksobmann der ÖVP-Gemeindevertreter, Manfred Marihart.

„Auf diese Art ist das nicht in Ordnung. Wenn man so schnell ein Verfassungsgesetz für so etwas ändern kann, was kommt dann als Nächstes? Vielleicht unser Wasser? Das ist ein schwerer Schaden für die Gemeindeautonomie“, hält Marihart seinen Unmut nicht zurück. „Das ist nicht in Ordnung. Auch nicht von meiner Partei.“

„Das ist nicht in Ordnung, auch nicht von meiner Partei. Dazu stehe ich. Wehret den Anfängen.“

GVV-Bezirksobmann Manfred Marihart (ÖVP) zum nun realisierten Durchgriffsrecht.

Die Flüchtlingskrise sei sowohl von der hohen Politik als auch von der hohen Beamtschaft völlig verschlafen worden. Die Infos seien spärlich gewesen. Die ganze Schwäche der Bundespolitik zeige sich darin, dass man einen externen Flüchtlingskoordinator benötige. „Wenn ein Bürgermeister solche Hilfe braucht, jagen s' ihn mit dem nassen Fetzen davon“, meint Marihart.



Die Pulkauer rund um ihren Bürgermeister Manfred Marihart (Mitte) haben in der Flüchtlingsfrage Weitblick bewiesen. Dass die „hohe Politik“ geschlafen hat, ärgert den VP-Obmann des Gemeindevertreterverbandes sehr.

Foto: zVg/Archiv

Als Bürgermeister der Stadtgemeinde Pulkau kann er ein Lied vom verfehlten Krisenmanagement singen. Schon vor einem Jahr hat man sich in seiner Gemeinde erste Gedanken zur Flüchtlingsunterbringung gemacht. „Damals war das aber allen vollkommen wurscht und jetzt auf einmal geht alles“, schüttelt Marihart den Kopf.

Und er spinnt seine Gedanken noch weiter: „Mehr als vor den Flüchtlingen fürchte ich mich vor einem AKW-Unfall in Grenznähe. Wie gut ist unser Krisenmanagement dann, wenn wir auf einmal Hunderttausende Menschen absiedeln müssen?“

Weniger aufgeregt betrachtet der GVV-Bezirksobmann der SPÖ, Herbert Goldinger, das Durchgriffsrecht (siehe Interview auf Seite 10), während Hollabrunns FPÖ-Nationalratsabgeordneter Christian Lausch natürlich dagegen gestimmt hat: „Ich halte das nicht für eine gute Idee. Viktor Orbán

macht in Ungarn alles richtig. Es gibt einen Punkt, an dem man sagen muss: Mehr Flüchtlinge gehen nicht mehr.“ Die Gemeinden sollten selbst entscheiden. „Jetzt sind sie entmacht.“

Eva-Maria Himmelbauer hat also VP-Nationalratsabgeordnete für das Durchgriffsrecht gestimmt. Sie kommt aus Leodagger und damit aus Mariharts Gemeinde. Die Kritik ihres Bürgermeisters kann sie verstehen. „Es ist keine optimale Lösung.“ Sie betont aber, dass es sich um eine absolute Ausnahmesituation handle.

Der Bund habe in dieser Not-situation eine Möglichkeit gesucht, vor dem Wintereinbruch – ohne langwierige Genehmigungsverfahren – Quartiere schaffen zu können. Da gehe es um jene Bundesländer, die ihre Quote nach wie vor nicht erfüllen. In Niederösterreich werde diese sogar übererfüllt. Außerdem trete das Gesetz mit 2018 wieder außer Kraft.